



Evangelische Verantwortung

August 1986

Verantwortungsvolle Energiepolitik

Walter Wallmann

Auf der jüngsten Sitzung des Bundesfachausschusses Energiepolitik der CDU nahm der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Walter Wallmann, sehr grundsätzlich zur zukünftigen Entwicklung der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland gerade unter umweltpolitischen Gesichtspunkten Stellung. Wir geben sein Statement nur leicht gekürzt wieder.



Dr. Walter Wallmann, Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Umweltpolitik kann sich heute weniger denn je darin erschöpfen, die negativen Begleiterscheinungen und Folgen der Energiegewinnung gleichsam *post festum* zu beseitigen. Der Schutz unserer Umwelt muß in allen unseren energiepolitischen Überlegungen *von vornherein* gegenwärtig sein, muß unsere Energiepolitik *von vornherein* Grenzen, aber auch Ziele setzen. Der Entwurf für die neuen energiepolitischen Leitlinien der CDU zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß er den Weg zu einem Gesamtkonzept weist, in dem alle Facetten der Energiepolitik, nämlich *Wirtschaft, Forschung und Umwelt* integriert sind.

In dieser Gesamtschau sind Wirtschaft, Forschung und Umwelt keine eigengesetzlichen oder gar antagonistischen Bereiche, sondern Elemente ein und derselben Politik aus christlicher Verantwortung, die sich am Leitbild einer humanen Gesellschaft orientiert.

Die energiepolitischen Diskussionen der letzten Jahre – ganz besonders gilt das für die Tage und Wochen nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl – sind geprägt gewesen von der menschlich verständlichen Neigung, komplexe Probleme in schlichte Ja/Nein-Schemata zu zwingen.

Es erfordert ein hohes Maß an intellektueller Redlichkeit und Anstrengung, solchen Versuchungen zur „schrecklichen Vereinfachung“ zu widerstehen. Die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie findet ja auch deshalb so viele Befürworter, weil sie eine ganz simple und daher auf den ersten Blick verführerisch plausible Lösung verspricht.

Wir sind indes dazu aufgerufen, genauer hinzusehen, nicht einfach den bequemen Weg zu gehen. Wir müssen es aushalten, daß wir mit einer differen-

zierten Position niemals everybody's darling sein werden.

Ich vertraue allerdings auch auf die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich durch Argumente überzeugen zu lassen. Wir müssen sie immer wieder hinweisen auf die Folgen für die Gesundheit der Menschen, die Umwelt, auf die sozialen und ökonomischen Kosten, die ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie nach sich zöge. Und wir müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger immer wieder ermutigen zur Skepsis gegenüber den falschen Propheten und Parteitaktikern, die die Risiken eines sofortigen Ausstiegs wohlweislich verschweigen. Die Lage und Not des Politikers besteht darin, daß er sehr häufig nicht vor der Wahl zwischen eindeutig richtigen und eindeutig falschen Lösungen steht. Er hat vielmehr ständig abzuwägen zwischen unterschiedlichen Folgen, die er bewirken kann, und das können auch Risikoabwägungen sein. Er steht täglich vor der schwierigen Aufgabe, konkurrierende Ziele und Werte so miteinander in Einklang zu bringen, daß sie in praktischer Konkordanz neben- und miteinander bestehen können. Es geht dabei letztlich um das Prinzip der Verantwortungsethik, wie Max Weber formuliert hat.

Das „Aussteigen“ aus einer konflikthafter Situation, in der *entschieden* werden muß, ist eine Pseudolösung. Wer sich die Hände in Unschuld wäscht, kann sie sich gerade dadurch schmutzig machen. Wir werden nie mit letzter Gewißheit falsche Entscheidungen ausschließen können: denn den Ausstieg aus der *condition humaine* gibt es nicht.

Wir können jedoch mit den Mitteln der Vernunft, mit Argumenten und Sachkunde, darauf hinarbeiten, daß verbleibende Risiken ständig weiter gemindert werden. Die Auseinandersetzung um den richtigen Weg in der Energiepolitik erweist sich damit als ein Testfall für den Zustand unserer politischen Kultur. Wir müssen und wir wollen die Gewissensentscheidungen unserer Mitbürger, die anderer Meinung sind als wir, respektieren. Aber wir dürfen auch von ihnen erwarten, daß sie unsere Gewissensentscheidungen achten und die subjektive Aufrichtigkeit der eigenen Gesinnung nicht zum allgemeingültigen Maßstab erheben. Es trifft nicht zu, daß die Gegner der Kernenergie per se über eine gesteigerte moralische Sensibilität verfügen. Die Befürworter einer verantwortungsvollen Nutzung der Kernenergie haben gleichermaßen Anspruch darauf, daß ihr politisches Wollen als gewissensgelitet respektiert wird – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir höchste Sicherheitsstandards. Wir lassen uns nicht von dem Grundsatz „Sicherheit geht vor Wirtschaft-

lichkeit“ abhandeln. Wissenschaftler, Physiker, Chemiker, Ingenieure, Techniker überprüfen und verschärfen – wo nötig – unsere Sicherheitsanforderungen ständig. Tschernobyl ist nicht überall!

Die Risiken eines Ausstiegs aus der Kernenergie lassen sich demgegenüber präzise beschreiben: würden zum Beispiel als Ersatz für abgeschaltete Kernkraftwerke alte Kohlekraftwerke ohne moderne Techniken – wie etwa die Rauchgasentschwefelung oder Wirbelschichttechnik – wieder in Betrieb genommen, so hätte das unabsehbare Folgen für die menschliche Gesundheit, für die Ökologie, für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze. Aber wir sind doch keine Verehrer irgendeiner Technik oder Energieart. Wir sind auch keine Kernkraftfetischisten. Es gehört daher zu den energiepolitischen *Prioritäten* der Bundesregierung, die Erforschung neuer Technologien zu fördern, die noch sicherer, noch umwelt-schonender und noch wirtschaftlicher sind.

Die deutschen Kernkraftwerke – sowohl diejenigen, die in Betrieb und im Bau sind, als auch diejenigen, die sich noch im Stadium der Planung befinden – werden noch einmal von der Reaktorsicherheitskommission auf die Sicherheit aller technischen Anlagen hin überprüft.

Die Reaktorsicherheitskommission nimmt in jedem Einzelfall Stellung und berichtet über die Ergebnisse. Darüber hinaus habe ich dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, Herrn Dr. Blix, anlässlich seines Besuches angeboten, einige deutsche Kernkraftwerke durch Spezialistentteams der IAEA auf ihre Sicherheit überprüfen zu lassen. Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Avantgarde im weltweiten Bemühen um höchste Sicherheit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie gehört.

Aus dem Inhalt

Verantwortungsvolle Energiepolitik	1
Die SED braucht die Kirche	4
13. August 1961	5
Zur Geschichte des Deutschlandliedes	6
Perspektiven und Konturen einer humanen Gesellschaft	6
Verlängerung	9
Politik von der Kanzel	10
Namen und Nachrichten	11
Aus unserer Arbeit	13
Buchbesprechungen	14

Diese Bedeutung konnte der Bundesrepublik nur dadurch zukommen, daß sie die international geforderten Maßnahmen zuerst im eigenen Land verwirklicht hat. Dies hat unsere Glaubwürdigkeit, unser weltweites Ansehen begründet: Unsere Reaktorsicherheit gilt weltweit als vorbildlich.

Aufklärung, Konsens, Kooperation

Ich nenne drei Orientierungspunkte, die meine Aktivitäten auf energiepolitischem Felde bestimmen werden.

Es sind dies

- Aufklärung,
- Konsensbildung und
- Internationale Kooperation.

Zum Thema **Aufklärung:**

Es geht mir vor allem um die Wiedergewinnung der argumentativen Dimension in der Debatte, um den besten Weg zu einer langfristig gesicherten, wirtschaftlichen, umweltfreundlichen und vor allem möglichst risikoarmen Energieversorgung. Ich sehe hier auch eine ganz wichtige Aufgabe für die Parteien, die nach dem Grundgesetz „bei der Willensbildung des Volkes“ mitwirken sollen. Mit Sorge beobachte ich, daß sich die SPD dieser Pflicht mit einem energiepolitischen „sowohl-als auch“, das sich bei einigen ihrer Repräsentanten zu einem kräftigen „weder-noch“ steigert, zu entziehen versucht. Ich erinnere etwa an den Beschluß der Delegierten des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, wonach die endgültige Betriebsgenehmigung für den Hochtemperaturreaktor HTR 300 in Hamm-Uentrop verhindert werden soll; hier äußert sich ein unüberbrückbarer Meinungsunterschied zwischen dem bundesweit mitgliedsstärksten SPD-Verband und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau.

Zum Thema **Konsens:**

Angesichts der vitalen Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung für unser Land halte ich es für eine meiner zentralen Aufgaben, für die Wiederbelebung der parteiübergreifenden energiepolitischen Koalition zu werben, die wir noch zu Beginn der 80er Jahre hatten. Wir dürfen es nicht vergessen: Von den 20 in Betrieb befindlichen Kernenergieanlagen sind 17 unter einer SPD-geführten Bundesregierung eingeschaltet worden. Beim Regierungswechsel 1969 waren lediglich drei Reaktoren – Kahl, Jülich und Obrigheim – in Betrieb, von denen nur einer als ein kommerzielles Kraftwerk heutiger Größenordnung gelten kann.

Die SPD setzt den bisherigen energiepolitischen Konsens, zu dem übrigens gerade auch die Gewerkschaften einen entscheidenden Beitrag geleistet haben, leichtfertig aufs Spiel. Auch dies sehe ich mit großer Sorge. Ich sage das nicht als *Partei-politiker*, sondern mit Blick auf die *staatspolitische* Bedeutung einer gemeinsamen Grundposition in Fragen von derart vitaler Bedeutung für unser Volk.

Zum Thema **internationale Kooperation:**

Ich möchte hier zunächst den französischen Philosophen André Glucksmann zitieren, der unser Hauptproblem – und das betrifft sowohl die Kernenergie als auch die Umweltbelastung durch Kohlekraftwerke – wie folgt auf den Punkt gebracht hat: „Wer vor der eigenen Tür fegt, säubert dabei noch lange nicht den Stall des Nachbarn.“

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zukunftsweisende Maßstäbe gesetzt mit seiner Anregung, eine internationale Konferenz mit hohen Regierungsvertretern über Fragen der Reaktorsicherheit abzuhalten. Tschernobyl hat uns ja vor Augen geführt, daß auf dem Felde der internationalen Kooperation in Fragen des Umweltschutzes elementare Dinge noch aufzuarbeiten sind. Die einhellig positive Reaktion auf die Initiative des Bundeskanzlers zeigt, daß er den Finger auf eine Wunde gelegt hat. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind wir da schon ein Stück weiter, auch dank des unermüdlichen Drängens der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Zusammenhang darf ein Hinweis auf die Verdienste meines Kollegen Friedrich Zimmermann nicht fehlen. Ich selbst messe darüber hinaus der bilateralen Zusammenarbeit große Bedeutung zu. Auch hier beobachte ich mit Sorge, daß Teile der SPD ausgerechnet gegenüber unseren westlichen Nachbarn mehr auf Konfrontation denn auf Kooperation setzen. Eine Politik der Stimmungsmache mag kurzfristigen parteipolitischen Nutzen stiften; dem Interesse unserer Bevölkerung dient sie gewiß nicht.

Freiheit garantiert Sicherheit

Zum Schluß noch eine Überlegung, die in der bisherigen Debatte über Fragen der Reaktorsicherheit zu kurz gekommen ist, weil sie weniger technischer als vielmehr politischer Natur ist. Der russische Schriftsteller Lew Kopelew, Freund von Andrei Sacharow und des vor einem Jahr verstorbenen Heinrich Böll, schrieb zum Reaktorunglück von Tschernobyl: „Das schreckliche Unglück von Tschernobyl ist ein Zeugnis dafür, daß Mißachtung der Menschenrechte – in diesem Fall des Rechts auf offene Information, auf freie Kritik selbst der höchsten Behörden – eine Mißachtung der Menschenleben im eigenen Land und in aller Welt bedeutet.“ Ich halte dies für einen ganz wichtigen Gedanken: Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke beruht letztlich darauf, daß unsere freiheitliche Demokratie auch die Energiepolitik einer permanenten Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterstellt. Die von unserem Grundgesetz garantierte Freiheit der Meinungsäußerung ist vielleicht die wirksamste Garantie für die Sicherheit unserer Kernkraftwerke. Dies sollten wir immer wieder betonen. In Tschernobyl hat nicht nur die Technik, sondern auch ein politisches System versagt.

Die SED braucht die Kirche

Hans-Christian Maaß

Im theoretischen Organ der SED, der Monatszeitschrift „Einheit“, schrieb der Genosse Werner Kirchhoff, Vizepräsident der „Nationalen Front der DDR“:

„Der Sozialismus ist für alle da und braucht die Tat aller“. Es habe sich das „loyale staatsbürgerliche Bewußtsein weiter ausgeprägt“. Diese schönfärbenden Thesen überdecken die tatsächlichen politischen und menschlichen Probleme des DDR-Alltags.

Es ist zunächst zutreffend, daß sich die Position des Staates gegenüber der Kirche in den letzten Jahren gewandelt hat. Die Phasen des offenen Kirchenkampfes nach 1952, der Spaltung der Kirche in den 60er Jahren bis zur Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR im Jahre 1969, münde aktuell in der „gleichverpflichtenden Mitarbeit der Gläubigen in der sozialistischen Gesellschaft“. Die vermeintliche Liberalisierung ist allerdings nicht das Ergebnis einer geläuterten marxistisch-leninistischen Kirchenpolitik, sondern nüchternes tagespolitisches Machtkalkül. Nach der Schlußakte von Helsinki gab es in der DDR in allen Bevölkerungsschichten, besonders unter den Christen, eine lebhaftere Diskussion über Menschenrechte, Ausreisemöglichkeiten und Fragen des Friedens und der Friedenserziehung. Die bis zum heutigen Tag andauernden Benachteiligungen von Kindern aus christlichen Elternhäusern im Bildungsbereich der DDR, die willkürliche Handhabung von Ausreisewünschen und die mangelnde Möglichkeit sich frei zu informieren und zu reisen, haben bei großen Teilen der selbstbewußter auftretenden DDR-Bürgern zu resignativen und negativen Haltungen gegenüber der DDR-Führung geführt. Die Friedensdiskussion und die Ausreisebewegung waren und sind äußerlich sichtbar gewordene Zeichen dieses Unbehagens.

Ganz im Gegensatz zur SED hat sich die Kirche darum bemüht, diese gesellschaftlichen Entwicklungen zwischen Elbe und Oder nicht unter den Teppich zu kehren, sondern

unter der These „Kirche im Sozialismus“ das Gespräch mit den Menschen gesucht und ermöglicht. Die verkrusteten Strukturen der SED-Bürokratie boten entweder keine oder die bekannt platten Antworten. Auch die Männer der Kirche verkündeten keine Machbarkeitsgläubigkeit, sondern bieten zuerst menschliche Wärme, Offenheit und Geborgenheit. Auf dem Höhepunkt der Ausreisewelle Anfang 1985 mahnte die Kirche zum „Bleiben in der DDR“. Satirische Stimmen meinten dazu: „Die Kirche sei die letzte staatstragende Kraft in der DDR!“ Aus dieser Haltung eine staatstreue Position der evangelischen Kirche in der DDR abzuleiten, wie dies unter anderem in der SED-Zeitschrift „Einheit“ erneut versucht wurde, verfälscht die tatsächlichen Motive der Kirche.

Kirche und Sozialismus

Nach der Spaltung der Kirche im Jahre 1969 bemühten sich die acht

im Bund der evangelischen Kirche in der DDR zusammengeschlossenen Landeskirchen, ein neues Selbstverständnis zu erarbeiten. Die These „Kirche und Sozialismus“ sollte beinhalten, daß die Kirche die staatlichen Rahmenbedingungen als Ganzes respektiere, jedoch alle bestehenden Gesetze und Verordnungen inhaltlich ernst nehme. Diese Haltung, die SED quasi an ihrem eigenen ideellen Anspruch zu messen, war und ist für die Partei sehr unbequem. Mit neuem Selbstbewußtsein verweisen Christen in der DDR auf Mißstände, die nicht der Verfassungsnorm der DDR entsprechen. Wurden alle derartig kritischen Äußerungen in den 50er und 60er Jahren als „imperialistische Propaganda und Handlangerdienste für die westdeutschen Monopole“ dargestellt, so sind die wohl dosierten Einlassungen der DDR-Kirchenführung für den Staat komplizierter. Einerseits sollen und müssen die Genossen an der Basis begreifen, daß die Kirche nach wie vor „falsches



Berlin: Dieser Blick von den Hochhäusern der Leipziger Straße verdeutlicht die großen Fortschritte, die sich im Areal rings um den Platz der Akademie in den vergangenen Jahren vollzogen haben. Am Kuppelturm der Deutschen Kirche sind die Gerüste im oberen Bereich bereits gefallen. Dahinter erkennt man die 1983 fertiggestellte Französische Kirche – lediglich an der Fassade des ihr angefügten Turms sind noch abschließende Arbeiten im Gange. Links Neubauten in der durch den Krieg weitgehend vernichteten Charlottenstraße, unter denen sich das Funktionsgebäude des Schauspielhauses und die Gaststätte „Arkade“ befinden. Im Hintergrund das hochaufragende Handelszentrum an der Friedrichstraße. Copyright Jürgens

Bewußtsein“ verkündet, andererseits soll aber die „aktive Mitwirkung der Christen am Aufbau des Sozialismus“ gefördert und gewürdigt werden. In diesem gesellschafts- und kirchenpolitischen Spannungsfeld liegt die große Chance der Kirche. Die Pfarrer in der DDR wissen zum Beispiel, daß ihre Jugendarbeit selbst vom Staat als viel glaubwürdiger und sensibler eingestuft wird. Die FDJ unternimmt gegenwärtig „höchste Anstrengungen“, um verlorengegangenes Terrain wieder zurückzugewinnen. Die Kirche ist bemüht, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ihren Platz in der DDR-Gesellschaft zu festigen. Sie ist nur deshalb „erstarkt“, weil sie sich nicht sozialistisch korrumpieren ließ. Auch die jüngsten Versuche im Zusammenhang mit den „Volkswahlen“ vom 8. Juni 1986 durch den abendlichen Auftritt eines Vorzeige-Christen in der DDR-Fernsehnachrichtensendung „aktuelle Kamera“ den Anschein zu erwecken, als sei zwischen der Mitgliedschaft in der SED und der Kirche praktisch kein Unter-

schied, werden die konsequente und kluge Haltung der überwiegenden Zahl der Christen in der DDR nicht ändern. Jeder weiß, daß die DDR nach wie vor ein atheistischer Staat ist. Die gegenwärtige Phase im Verhältnis zur Kirche ist allein taktisch bestimmt. Nichts von den Zugeständnissen des Staates gegenüber der Kirche beinhaltet eine funda-

mentale Veränderung des Status Quo.

Verantwortliche Christen in der DDR lieben ihre Gemeinden, ihre Städte und Dörfer trotz des Sozialismus. Sie bleiben aus individueller Überzeugung und Verbundenheit. Diese persönliche Haltung hat sie als Menschen und Christen klug und vorsichtig gemacht.

Miteinander sprechen – per Telefon kein Problem

Durch Post und Telefon können Sie mit Verwandten und Freunden in der DDR ständig in Verbindung bleiben.

Für *Briefe* und *Telegramme* bestehen grundsätzlich keine besonderen Vorschriften; Ausnahme: Telegramme, mit denen Sie einen Bewohner aus der DDR in einer dringenden Familienangelegenheit hierher bitten. Für den Inhalt von *Päckchen* und *Paketen* (auch bestimmte Medikamente können versandt werden) gelten einige Besonderheiten. Hinweise halten die Bundespost und das Gesamtdeutsche Institut bereit.

Stark zugenommen haben die *Telefongespräche*. Die DDR-Post hat nicht alle der zur Zeit 1.480 DDR-Ortsnetze für den Selbstwähldienst aus der Bundesrepublik und Berlin (West) zugelassen. Etwa 1.000 Vorwahlnummern finden Sie im „Amtlichen Verzeichnis der Ortskennzahlen für den Selbstwähldienst“ (AVON) der Bundespost. Darüber hinaus sind von hier jedoch fast alle Ortsnetze im Selbstwähldienst erreichbar; sogar auch solche, die die DDR-Post nicht einmal für den Selbstwähldienst innerhalb der DDR bekannt gibt. Ein Verzeichnis mit weiteren Hinweisen (2,30 DM und DIN-A 5 Umschlag einsenden) erhalten Sie von

Pfarrer Manfred Beck, Preußenstraße 168, 4670 Lünen.

Ein bitterer Tag in der deutschen Geschichte – 13. August 1961 –

25 Jahre steht die Berliner Mauer. Dieses monströse und einmalige Bauwerk symbolisiert in drastischer Weise die deutsche Teilung. Die Mauer hat Wunden bei den Menschen in Ost und West geschlagen. Das alte Sprichwort, wonach die Zeit sie heilen würde, gilt hier nicht. Auch diejenigen, die heute als 25jährige in Berlin an der Mauer stehen, sind betroffen. Sie hat nichts von ihrer menschenverachtenden Brutalität verloren. Im Gegenteil, viele Maßnahmen an der Grenze sind subtiler und differenzierter geworden.

Auch für die evangelischen Christen in Ost und West symbolisiert der 13. August 1961 einen empfindlichen kirchenpolitischen Einschnitt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es trotz vieler Schwierigkeiten eine organisatorisch funktionierende Gesamtkirche im Rahmen der EKD. Mit der Zurückweisung des damaligen Berlin-Brandenburgischen Bischofs D. Kurt Scharff an der Sektorengrenze zu Ost-Berlin wurde die Phase der kirchenpolitischen Teilung zwischen Ost und West eingeleitet.

Die 25 Jahre seit 1961 haben zwar einige Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Ost und West gebracht, an der politischen Grundkonstellation jedoch nichts geändert. Nach wie vor gilt es auch für evangelische Christen in Ost und West dazu beizutragen, die Mauer zu überwinden. Dazu sollten wir alle praktischen Möglichkeiten der Begegnung nutzen.

Die DDR-Schriftstellerin Helga Schubert hat mit ihrer Geschichte vom „Verbotenen Zimmer“ sensibel die psychischen Leiden der Menschen im anderen Teil Deutschlands beschrieben, die das Vorhandensein der Mauer dort auch heute noch auslöst.



25 Jahre Berliner Mauer. Fast 25 Jahre liegen zwischen dem Entstehen des großen Fotos im Hintergrund und dem aktuellen Bild, das den ehemaligen DDR-Soldaten Conrad Schumann Ende Mai bei einem Fernsehinterview zeigt. Schumann war am 13. August 1961 als einer der ersten Flüchtlinge mit Volksarmee-Uniform und Gewehr über die Mauer in Berlin gesprungen.

Geschichte des Deutschlandliedes

Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ wurde im Sommer 1841 von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben gedichtet. Als er dieses Lied schrieb, war Deutschland in zahlreiche Staaten zersplittert. Alle fortschrittlich gesinnten Bürger wünschten sich die nationale Einigung, die stärkere Beteiligung an den politischen Entscheidungen. Ihrer Sehnsucht und ihrem idealistischen Streben nach einem deutschen Nationalstaat mit demokratischen Grund- und Bürgerrechten verlieh von Fallersleben in seinem Lied Ausdruck.

Der Eingangsvers „Deutschland über alles!“ war nicht Ausdruck eines überzogenen Herrschaftsanspruches, sondern Aufruf zur deutschen Einigung.

Die Melodie des Deutschlandliedes geht auf einen der größten Tonkünstler des deutschen Kulturraumes zurück, auf Joseph Haydn. Hoffmann von Fallersleben wählte sein 1796 komponiertes „Kaiserlied“, eine feierlich-erhabene Musik, als Melodie zu seinem Text. 1922 erklärte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert das Lied der Deutschen zum Lied der jungen deutschen Republik. Dabei sagte er: „Einigkeit und Recht und Freiheit: Dieser Dreiklang aus dem Lied des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck: er soll auch jetzt unseren harten Weg in eine bessere Zukunft begleiten.“

Nach 1933 mißbrauchten die Nationalsozialisten auch das Deutschlandlied. Sie verkürzten es auf seine erste Strophe und machten es zum Vorspann für eines ihrer Parteilieder. Der ursprüngliche Sinn der ersten Strophe, das Einigkeitsstreben aller Deutschen, wurde im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie in einen Überlegenheitsanspruch gegenüber anderen Nationen pervertiert.

Nach 1945 setzte sich vor allem Bundeskanzler Konrad Adenauer intensiv für das Deutschlandlied ein: von ihm stammt der Vorschlag, bei staatlichen Veranstaltungen die dritte Strophe zu singen. Seit dem 2. Mai 1952 ist das Deutschlandlied wieder Nationalhymne. Die dritte Strophe bringt in treffender Weise den Willen aller Deutschen nach Frieden und Freiheit sowie unser Streben nach der deutschen Einigung zum Ausdruck.

Das Lied der Deutschen

The image shows the musical score for the German national anthem, 'Das Lied der Deutschen'. It consists of three strophes, each with a vocal line and a piano accompaniment. The lyrics are in German. The first strophe is: 'Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!'. The second strophe is: 'Hilf! uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand!'. The third strophe is: 'Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand. Bleib' im Glanze die ses Glückes blu-her-deut-sches - Va-ter-land!'. The score includes chord symbols above the vocal line and a piano part below.

Hinweis der Redaktion: Über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn, erhalten Sie ein kleines Heft mit Text und Melodie der Nationalhymne.

Perspektiven und Konturen einer humanen Gesellschaft – Stellen wir uns den ethischen Herausforderungen?

Christoph Böhr

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, setzt sich in diesem Beitrag unter anderem mit der kürzlich von Professor Wolfgang Huber in einem Artikel für die Frankfurter Rundschau vertretenen These „Der Konservatismus entzieht sich ethischen Herausforderungen“ auseinander. Er versucht aufzuzeigen, in welchem Maße gerade die politischen Entscheidungen dieser Bundesregierung ethisch verankert sind, ohne

dabei zu verkennen, daß nur allzu häufig die aktuelle Tagespolitik moralische Überzeugungen zu überlagern droht.

Die Bundesregierung macht eine erfolgreiche Politik. Kein seriöser Kommentator bestreitet das inzwischen. Und dennoch: Beim Blick auf die Bonner Bühne empfinden viele Unbehagen. Klagen über fehlende Perspektiven werden laut.

Der Bürger, gerade der junge Bürger, möchte von der Politik Konzeptionelles erfahren. Statt dessen hört er aber allzu oft nur von Fingerhakeln und Rechthaberei. Allen voran sind es die Grünen, die ihren politischen Kredit völlig verspielt haben, seitdem ihr Schachern um Dienstwagen und Planstellen in Wiesbaden bekannt wurde.

Nun sind die Schwierigkeiten der großen Volksparteien gerade in Zeiten des gesellschaftlichen und sozialen Wandels nicht zu verkennen. Die vielfältigen Gründe, die es zunehmend schwieriger machen, einen Konsens zu finden, der in der Sache überzeugt und nicht nur Wischiwaschi-Positionen beinhaltet, sind sattsam bekannt. Aber gerade deshalb wäre es dringend notwendig, daß wir uns weit mehr als bisher selbst Rechenschaft über diese Ursachen ablegen.

Ich stelle in diesem Zusammenhang an die Union drei Fragen:

1. Warum werden Streitfragen so selten ausgetragen? Die Union diskutiert zu wenig – nach wie vor. In den 70er Jahren galt: Geschlossenheit zählt, weil wir Wahlen gewinnen wollen. Heute gilt: Nicht an den Tabus rütteln, wir könnten wichtige Wählergruppen verprellen. Das eine ist so wenig richtig wie das andere. Denn Diskussionen lassen sich auf Dauer nicht unter der Decke halten – wie die letzten beiden Jahre zeigen. Werden sie aber zu lange ausgeblendet, präsentiert die Partei ein Sammelsurium: Zur gleichen Frage stehen dann x Positionen nebeneinander. Was nun Meinung der Partei ist, weiß niemand. Paradebeispiele sind die Deutschland- und die Wirtschaftspolitik. Ein ewiges Hin und Her dient jedoch nicht der Glaubwürdigkeit. Nun weiß selbst Lieschen Müller, daß solche Diskussionen, die den Nerv einer Partei berühren, nicht innerhalb einiger Wochen zu Ende geführt werden können. Das führt zu der zweiten Frage.

2. Wo geben wir perspektivische Orientierung? Jeder Bundesbürger weiß, daß CDU und CSU die öffentlichen Haushalte konsolidieren und unverantwortliche Ausgaben stoppen und die Arbeitslosigkeit beseitigen wollen. Soweit, so gut. Das alles braucht seine Zeit, verlangt Geduld vom Wähler und Standvermögen vom Politiker. Beide hätten es leichter, wenn sie sich über eine Perspektive verständigten, über Ziele also, die über das rein Fiskalische hinausgehen. Welche Gesellschaft streben wir an, was ist das Leitbild der Gesellschaft, die wir in den 90er Jahren wollen? Wir stehen vor großen Veränderungen – im Bereich

der Informationstechnologien, der Bio- und Gentechnologie, der Computertechnologie. Unser Leben wird sich – aller Voraussicht nach – fundamental ändern. Umstellungen werden nicht mehr nur von Generation zu Generation, sondern in ein und derselben Generation notwendig. Viele stehen mit Angst und Sorge vor diesen Entwicklungen, andere begrüßen sie euphorisch. Politik kann sich nicht darin erschöpfen, solche Entwicklungen sich selbst zu überlassen. Wir brauchen die Diskussion über die zukünftige Gestaltung unseres Zusammenlebens, über die Bewältigung der Aufgaben, die vor uns stehen. Viele dieser Bereiche werfen Fragen auf, die unsere moralischen und ethischen Überzeugungen berühren. Das führt mich zur dritten Frage:

3. Warum lassen wir zu, daß die aktuelle Tagespolitik das Gespräch über unsere moralischen Überzeugungen überlagert, ja verhindert? Wir vergessen, uns für die Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu rüsten. Erkennen wir die tiefen ethischen Implikationen, die von den Möglichkeiten der modernen Gentechnologie aufgeworfen werden? Ich befürchte: Wir verkennen sie. Jedenfalls findet eine Verständigung hierüber kaum statt. Das Thema gilt als eher „exotisch“, geeignet für Debatten der Jungen Union. Sicher: Diese Regierung mußte Berge von Schutt wegräumen. Und sie muß es immer noch weiter tun. Aber die CDU wurde begründet und ist stark geworden als eine Partei, die in keinem Bereich der Politik darauf verzichtet hat, auch moralische Fragestellungen aufzugreifen. Die Entscheidung Alfred Müller-Armacks und Wilhelm Röpkes zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft war eine moralisch begründete Entscheidung. Diese Grundentscheidung war wichtiger als alle Detailverordnungen, die dann folgten. Nun sage niemand, heute sei die Zeit solcher Grundentscheidungen mit großem moralischem Gewicht vorbei. In der aktuellen Kontroverse zwischen CDU und SPD über die Grundfragen unserer Außenpolitik geht es um nichts anderes denn um eine solche Grundentscheidung von hoher moralischer Bedeutung. Gleiches gilt für



Christoph Böhr
JU-Bundesvorsitzender

die Verteidigungspolitik – etwa im Hinblick auf die Strategische Verteidigungsinitiative –, gleiches gilt für die Bio- und Gentechnologie, gleiches gilt für eine grundlegende Tarifreform unserer Steuerstruktur.

Ein neues Leitbild

Regierungen müssen handeln und entscheiden. Parteien haben die Aufgabe, Entscheidungen vorzubereiten und im Vorfeld des Handelns zu diskutieren über die Maximen einer Entscheidung. Es wäre zu wünschen, daß die CDU beides täte: Entscheidungsfroh regieren und offen diskutieren. Wobei es sinnvoll wäre, daß sich die Partei mit Themen auseinandersetzt, über die in Zukunft Entscheidungen gefällt werden müssen, und sich weniger mit der Frage beschäftigt, ob man Entscheidungen der Vergangenheit nicht besser so oder so getroffen hätte.

Die Kraft einer Überzeugung hängt von ihrer Glaubwürdigkeit ab. Dies wiederum resultiert aus der moralischen Festigkeit, mit der eine Meinung vorgetragen wird. Ich fände es gut, wenn sich Politiker wieder mehr bekennen würden.

Von Norbert Blüm stammt der Ausspruch, wir stünden nach der nächsten Bundestagswahl vor einer schöpferischen Legislaturperiode. Die vergangenen vier Jahre könnte man als eine Ära des Innehaltens und Atemholens bezeichnen. Dabei soll überhaupt nicht vergessen wer-

*nur
das ist
das oder?*



den, welchem Ethos diese Politik verpflichtet ist: Die Tatsache, daß endlich damit Schluß gemacht wurde, die Probleme der Gegenwart zu Lasten und auf Kosten zukünftiger Generationen zu lösen, kann in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine der ethischen Grundhaltungen von Politik, die in anderen Zusammenhängen heute gerne zitiert werden, besteht gerade darin zu verhindern, daß unsere Nachkommen von den Lasten ihrer Vorfahren erdrückt werden. Die mit dieser konsolidierenden, moderierenden Politik einhergehende neue Verlebendigung der Familie, die Rückerinnerung an Prinzipien der Subsidiarität und Dezentralisierung, einschneidende Maßnahmen zur Entbürokratisierung, die allmähliche Rückgewinnung individuellen Handlungs- und Entscheidungsspielraumes, die langfristige Sanierung unserer sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt der Beginn einer Umweltschutzpolitik, die endlich ernst gemacht hat mit der Sicherung unserer ökologischen Zukunft, verweisen auf eine vielfältige und tiefreichende ethische Verankerung politischer Entscheidungen dieser Bundesregierung.

Die Zukunftsperspektive für die wenigen noch verbleibenden Jahre dieses Jahrtausends muß jedoch umfassender, konturenreicher gelingen, als dies bisher der Fall war. Wir brauchen ein auf die neuen Herausforderungen abgestelltes und konkretisiertes Leitbild einer solidarischen und humanen Gesellschaft. Dafür haben wir bisher nur Facetten und Bruchstücke. Der Versuch einer Gesamtschau fehlt.

Verpflichtung zur Brüderlichkeit

Wolfgang Huber, Professor für Evangelische Theologie an der Universität Heidelberg, hat die Bundesregierung und die sie tragenden beiden christlichen Parteien in der Frankfurter Rundschau vom 15. April 1986 dem Vorwurf ausgesetzt: Der Konservatismus entziehe sich ethischen Herausforderungen. Natürlich geht der Vorwurf ins Leere. Richtig ist allerdings der Hinweis, daß die Diskussion über unser Men-

schenbild wieder neu auf die Tagesordnung der Politik gesetzt werden muß.

Hubers Argumentation ist einfach: Sie beschwört die Prinzipien einer Ellenbogengesellschaft, die für Solidarität keinen Platz weiß: In der Zielkrise, in der wir uns gegenwärtig befinden, müsse die Kluft zwischen der Eigengesetzlichkeit in der modernen Industriegesellschaft und dem Ethos der Brüderlichkeit überwunden werden. Die Auseinandersetzung mit Hubers Thesen wird durch die platte Polemik, mit der sie ange-reichert werden, nicht erleichtert. Dennoch ist es wichtig, die Kontroverse zu führen. Denn hier bahnt sich ein Mißverständnis an, das für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft von weitreichender Bedeutung sein kann.

Hubers Kernsatz lautet: Nicht bei den Hoffnungen, die wir in den technologischen Fortschritt setzen, sondern bei den Hoffnungen, um die Menschen in ihrem Leben betrogen werden, sollte die Vision einer humanen Gesellschaft ansetzen, die wir noch heute zu entwerfen haben.

Entsprechend dieser Argumentationsstruktur werden Wirtschaft und Technik in einen Gegensatz zu Humanität und Solidarität gesetzt. Wirtschaft und Technik sind der Feind einer humanen, solidarischen Lebensweise. Dabei werden nicht nur die Mechanismen, sondern vor allem die ethischen Ziele unserer Wirtschaftsordnung im Ansatz verkannt. Denn die Soziale Marktwirtschaft wollte und will ja genau dies: Eine solidarische Gesellschaft. Aber sie weiß darum, daß dieses Ziel durch rhetorische Beschwörungsformeln alleine nicht erreicht werden kann. Ein stabiles, tragfähiges und treffsicheres Netz sozialer Sicherung ist nur auf einem hohen wirtschaftlichen Standard möglich. Jede Hilfe zur Selbsthilfe für die Schwachen in einer Gesellschaft zielt darauf ab, allen Menschen die Chance zu geben, unabhängig von ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit ein menschenwürdiges Leben zu führen. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung liegt genau dort, wo Huber – und mit ihm viele andere –

unter Brüderlichkeit offenkundig die Bereitschaft verstehen, auf der Grundlage des status quo Besitz neu zu verteilen. Diese Einstellung läuft darauf hinaus, gerechte Verhältnisse dadurch zu schaffen, daß Almosen gegeben werden. Hierin liegt nach Hubers Meinung der radikale Sinn von Brüderlichkeit – in Erinnerung an das Wort Jesu: Was Ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan.

Diese Verpflichtung zur Brüderlichkeit, wie sie für jeden Christen gilt, hat eine doppelte Dimension: Für den einzelnen ist sie Aufforderung zu caritas; für jemanden, der öffentlich-politisch – also für und über andere – entscheidet, erschöpft sich diese Aufforderung jedoch nicht in privater Opferbereitschaft; sie wendet sich zur Pflicht, den Schwachen in einer Weise zu stärken, daß er nach Möglichkeit wieder auf eigenen Füßen stehen kann.

Soziale Marktwirtschaft – Um der Menschen willen

Die Frage, wie dies im Konkreten geschehen kann, überfordert die Theologie. So ist denn auch die Auf-

Unsere Autoren:

Dr. Walter Wallmann
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
Konrad-Adenauer-Allee 139
5300 Bonn

Hans-Christian Maaß
Stellvertretender Sprecher der CDU
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

Christoph Böhr
Bundesvorsitzender der Jungen Union
Annabergerstraße 283
5300 Bonn

Kirchenpräsident
Helmut Spengler
Paulusplatz 1
6100 Darmstadt

Pfarrer
Karl Heinz Neukamm
Postfach 476
7000 Stuttgart 1

forderung, die Eigengesetzlichkeit der modernen Industriegesellschaft mit dem Ethos der Brüderlichkeit zu versöhnen, keine Frage, die ausschließlich theologisch beantwortet werden kann. Hierin liegt die ethische Aufgabe der Politik, eine Wirtschaftsordnung zu finden, die um des Menschen willen da ist und die diese Vorgaben in der Praxis auch tatsächlich einlösen kann.

Dazu gehört dann beispielsweise die Bereitschaft, sich dem wirtschaftlichen und technischen Strukturwandel zu öffnen. Gerade damit dem Schwachen geholfen werden kann, darf Wirtschaft auf Effizienz und Leistung nicht verzichten. Damit ist nichts, aber auch gar nichts über die Kriterien gesagt, die den Wert eines Menschen ausmachen.

Es ist ein tiefes und schlimmes Mißverständnis, denjenigen, die für eine effiziente Wirtschaftsordnung plädieren, zu unterstellen, sie würden die Mechanismen wirtschaftlichen Handelns zum Maßstab der Menschenwürde machen.

Die Soziale Marktwirtschaft zeichnet sich auch dadurch aus, daß sie – schon von ihren Gründern her – auf ethischen Fundamenten aufbaut. Denn die zentrale Frage war und ist, wie eine Wirtschaftsordnung be-

schaffen sein muß, damit gerade der Schwache ein menschenwürdiges Leben führen kann, wenn er über ökonomische Leistungsfähigkeit nicht oder nur in geringem Maße verfügt. Genau in einer solchen Konzeption liegt die Versöhnung zwischen den Eigengesetzlichkeiten einer Industriegesellschaft und dem Ethos der Brüderlichkeit. Der Schwache erhält nicht nur sozialstaatliche Leistungen, sondern er hat einen – moralischen und rechtlichen – Anspruch auf Hilfe zur Selbsthilfe. Und diese Hilfe ist nicht nur ein Almosen, sondern die Chance, wieder aus eigener Kraft selbständig leben zu können. Darin zeigen sich nicht Unbarmherzigkeit und Kälte, sondern im Gegenteil: Es zeigt sich ein Verständnis personaler Menschenwürde, die nicht losgelöst ist vom Gedanken der Autonomie jedes einzelnen, als Ebenbild seines Schöpfers geschaffenen Menschen.

Diese Vorstellung wird sich nur in einer Wirtschaftsordnung verwirklichen lassen, die der freien Initiative Raum läßt, damit von dem, was erwirtschaftet wird, gerade auch der Schwache in Anspruch genommen wird, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Der Kampf gegen Potemkinsche Dörfer angeblicher kapitalisti-

scher Unmenschlichkeit hilft hier wenig weiter.

So sind denn zwei Dinge notwendig: Eine nüchterne Besinnung auf tatsächliche Wirkungszusammenhänge in unserer Gesellschaft, damit nicht dem Illusionären Vorschub geleistet wird. Denn ansonsten sind die Enttäuschungen – hier lohnt es sich, an die späten 70er und die frühen 80er Jahre zu denken – und der damit einhergehende vorschreitende Realitätsverlust, der seine politischen Konsequenzen hat, um so größer. Notwendig ist darüber hinaus ein zweites: Nicht bei der Beschreibung realer ökonomischer Wirkungszusammenhänge stehen zu bleiben, sondern wirtschaftliche Funktionen ethischen Zielen unterzuordnen und sich des Zusammenhangs zwischen Zielen und Instrumenten immer neu zu vergewissern. Eine florierende Volkswirtschaft ist kein Selbstzweck – sie steht im Dienst am Menschen und ist in besonderer Weise dem Schwachen verpflichtet. Wenn die ethischen Fundamente verblassen, werden Wohlstand, Konsum und Wachstum zu Götzen.

Aufgabe der Politik muß wohl beides sein: Einen nüchternen Sinn für die Realitäten wachzuhalten, ohne dabei die Vergewisserung der ethischen Ziele zu vernachlässigen.

Verlängerung

Karl Heinz Neukamm

Am Tag nach der Fußballweltmeisterschaft sind die Spieler müde und die Zuschauer erst recht. Es wird Zeit, daß jeder wieder selbst ein wenig Sport treibt, läuft und schwitzt, dem Fernseher eine Pause gönnt, etwas für die eigene Kondition tut – mit und ohne Ball. Vier Wochen „WM“ aus Mexico: Es hat lange gedauert, bis das Fußballfieber kam. Aber dann hat es doch viele angesteckt, trotz gegenteiliger Beteuerungen. Fußball sollte die herrlichste Nebensache der Welt sein, aber dann wurde er doch fast wieder zum nationalen Ereignis. Zu einer natio-

nen Tragödie ist es, gottlob, nicht gekommen: „Wir“ sind Vizeweltmeister geworden. „Wir“? Nein, nicht wir. Eine Mannschaft hat sich den zweiten Platz erspielt. Den Spielern ist zu gratulieren, nicht uns. Sie haben sich den Platz im Schweiß ihres Angesichtes erkämpft. Sie sind – mit Energie und Glück – ins „Endspiel“ gekommen. Aber dann haben die Schnelleren gewonnen. Nach der Enttäuschung der gastgebenden Mexicaner ist der Pokal wenigstens in Südamerika geblieben. Ich finde es gut so. „Wir“ können damit leben, ohne Neid. Es war doch nur



Menschen in Mexico 1986 Copyright Sven Simon

Spiel . . . Ein besonderes, sicher. Aber das nächste Finale kommt bestimmt – und Mexico wird bald vergessen sein.

Zahlen die Erdbebenopfer den Preis für die WM?

Aber Mexico sollte nicht vergessen werden. Nicht wegen der Weltmeisterschaft, sondern wegen seiner Menschen, seiner armen Leute. Dann und wann war von ihnen die Rede, sehr am Rande. An sie sollten wir weiter denken. Zum Beispiel an die Erdbebenopfer vom September 1985, die trotz vieler Spenden immer noch keine neuen Wohnungen haben. Werden sie nun den Preis der Weltmeisterschaft bezahlen müs-

sen? Noch hausen Ungezählte in Notunterkünften. Sie spielen weder um den ersten noch einen anderen Platz. Sie wären schon froh, wenn sie überhaupt einen Platz fänden, an dem sie leben können!

Die nächtliche Partie aus Mexico-Stadt ist zu Ende. Aber für jeden von uns geht die Partie weiter. Jeder hat seinen Platz angewiesen bekommen – in einer Mannschaft, in der es nicht um vergängliche Lorbeeren geht. Gott braucht jeden von uns, mit unseren Kräften und Gaben. Er will, daß wir gut zusammen spielen. Nicht die Position ist wichtig – nicht jeder kann ein Maradona oder Schumacher sein. Aber im Kampf gegen die Not und das Elend dieser Welt wird jeder gebraucht. Und zwar nicht auf

den Zuschauerrängen, sondern auf dem Spielfeld. Noch ist diese Partie nicht entschieden. Wir bekommen Verlängerung. Wie lange? Nichts gegen den Fußball und einen spannenden Abend. Nur: Zuschauen allein hilft nicht weiter. Mitmachen ist gefragt. Hände und Füße werden gebraucht – und der Schweiß des eigenen Angesichts. Im Kampf gegen die Not und das Elend dürfen wir nicht müde werden. Zu viele warten außerhalb der Stadien, am Tag nach Mexico, in Mexico und überall.

Anmerkung: Pfarrer Karl Heinz Neukamm (Stuttgart) ist Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Quelle: Idea-spektrum 27/86

Politik von der Kanzel

In seinem jüngsten Brief an die Pfarrer und Pfarrern der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat Kirchenpräsident Helmut Spengler aktuelle Überlegungen zum politischen Zeugnis der Kirche veröffentlicht. Wir geben Auszüge wieder:

Viele Christen nehmen Anstoß, wenn die Kirchen mit Stellungnahmen und dem Engagement einzelner Amtsträger oder Gruppen an der öffentlichen Diskussion politischer Fragen teilnehmen. Sie drücken ihren Unwillen nach wie vor mit dem Negativbegriff „Politik von der Kanzel“ aus. Solche Vorwürfe mögen zutreffen, wenn wir uns zu jedweder politischen Sachfrage äußern, womöglich noch mit dem Pathos letztinstanzlicher Rede. Dennoch müssen wir um Verständnis dafür bitten, daß die Kirchen die Pflicht haben, ihre Verkündigung auch als Stellungnahme zu herausragenden Gegenwarts- und Zukunftsfragen der Menschen zu artikulieren. Diese Bitte um Verständnis muß allerdings mit dem Bemühen verbunden sein, auf theologische und seelsorgerliche Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen.

Viele Gemeindeglieder billigen dem Pfarramt als dem Amt der Verkündigung des Wortes Gottes eine größere Autorität zu als uns als Pfarrern und Pfarrern bewußt oder vielleicht lieb sein mag. Sie sind ratlos, wenn Äußerungen kirchlicher Amtsträger in politische Entscheidungen so eingreifen, als wäre die

Sachfrage bis dahin noch nicht von Christen bedacht worden. Schließlich handelt es sich um Verantwortungen, in denen sich der politisch handelnde Bürger, sofern er Christ ist, dem Gebot Gottes ebenso verpflichtet wie der Vergabung bedürftig weiß. In der Spannung zwischen dem Willen, die Pfarrerin/den Pfarrer als Verkündiger des Wortes Gottes anzunehmen und der Verpflichtung zu eigenen verantwortlichen Entscheidungen kommt es zu Erfahrungen geistlicher Ohnmacht, wenn ein Christ gleichsam als Verurteilter den Gottesdienst verlassen muß, weil er unsere Äußerungen vielleicht ernster nimmt, als wir selber vermuten.

Wenn denn die Kirche mit Gewissensentscheidungen zu tun hat, dann muß dem notwendigen Ruf zur Entscheidung ein Raum der inneren und äußeren Freiheit entsprechen: Freiheit zur Information, Freiheit zum Gespräch und die Freiheit, bei gegensätzlicher Beurteilung der Sache auseinanderzugehen, ohne eine Atmosphäre moralischer Disqualifizierung zurückzulassen. Die Sorge um die Formen kirchlicher Äußerungen und Auseinandersetzungen hat unmittelbar mit deren Inhalt zu tun. Die Bewahrung kirchlicher Gemeinschaft ist kein Selbstzweck, sondern pfingstlicher Dienst an den Menschen; dieser Dienst mag es erleichtern, uns aus unseren modernen Sprachverwirrungen im Schatten unserer „Turmbauten zu Babel“ herausführen zu lassen.

Treffen EAK und Evangelische Kirche in Hessen-Nassau

Ende Juni trafen sich Vertreter der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zu einem mehrstündigen Gedankenaustausch am Sitz der Kirchenleitung in Darmstadt. Dabei wurden sehr grundsätzlich Fragen zum Verhältnis Kirche – Politik erörtert, wobei viel Übereinstimmendes und an keiner Stelle ein unüberbrückbarer Dissens festgestellt wurde. Sehr offen sprachen Kirchenpräsident Helmut Spengler und der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, auch die Punkte an, die zu wechselseitigen Irritationen geführt hatten, wie etwa politische Stellungnahmen von evangelischen Pfarrern oder als Einmischung empfundene Äußerungen von EAK-Mitgliedern in einzelnen Gemeinden der hessen-nassauischen Landeskirche.

An dem Gespräch nahmen auch der Stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende des EAK in Hessen, Arnulf Borsche, der Stellvertretende EAK-Landesvorsitzende, Michael Bergmann, das Landesvorstandsmitglied Klaus Frommelt, Birgit Heide sowie der Stellvertreter des Kirchenpräsidenten, OKR Pfr. Hans-Martin Heusel, Prof. Dr. Dorothee Zahn, Propst Pfr. Helmut Kern, Propst Pfr. Heinz Bergner, OKR Pfr. Horst Krockert und OKR Pfr. Dr. Roman Roessler teil.

Namen und Nachrichten

„Marx ist Murx“

Auf der Delegiertenkonferenz der Evangelischen Sammlung in Berlin zitierte der Politologe Prof. **Konrad Löw** den Wissenschaftler und ehemaligen Berater des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph, Prof. **Hermann von Berg**, der Anfang Mai in die Bundesrepublik übersiedelte. Er hatte u. a. geschrieben: „Marx ist Murx, in Basis und Überbau, denn weder das ökonomische noch das politische Modell des realen Sozialismus ist funktionsfähig.“

Nachdem seine Kritik am Marxismus bekannt geworden sei, hätten sich – so Löw – alle evangelischen Theologen der Ost-Berliner Humboldt-Universität für die Abberufung Bergs unter Aberkennung seiner akademischen Grade ausgesprochen. Dazu sagt Löw: „Was sind das für Theologen, die noch im 20. Jahrhundert die Verfolgung eines Menschen mittragen, dem nichts weiter vorzuwerfen ist als der auf schlichte Worte beschränkte Aufstand des Gewissens?“

Ganz Deutschland ein Missionsland?

„Ganz Deutschland ist ‚Missionsland‘ geworden“ lautet eine These im Bericht des Evangelisch-Lutherischen Missionswerkes in Niedersachsen an die Landesynode.

Zur Begründung dieser These verweist das Missionswerk auf die „Abwanderung aus dem Zentrum aktiver Mitgestaltung des Gemeindelebens an die Peripherie der Kirche, den Ausfall der Familie und Kindererziehung als Faktoren religiöser Sozialisation, zunehmende Entfremdung von Formen und Inhalten gelebter Frömmigkeit und rapide nachlassende Kenntnis über Grundinhalte des Evangeliums. Diese Situation werde von den Kirchen als „missionarische Herausforderung“ verstanden, die ohne bisherige geschichtliche Parallele sei.

Bundesstiftung „Mutter und Kind“ half über 48.000 Frauen

Die vor zwei Jahren gegründete Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ hat bis jetzt 48.400 schwangeren Frauen in Not geholfen. Dazu sagte der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Norbert Schlottmann**, vor dem Bundestag: Von diesen Frauen seien 75 Prozent unverheiratet, 50 Prozent alleinstehend und 61 Prozent ohne Arbeit gewesen. Damit erreiche die Hilfe der Bundesstiftung genau jene Frauen, für die

sie vornehmlich von der Bundesregierung eingeführt worden sei.

In diesem Zusammenhang würdigte Schlottmann die „vorbildliche Haltung“ der beiden großen christlichen Kirchen in der Bundesrepublik. Durch Einrichtung von Sonderfonds hätten sie sich als erste der finanziellen und materiellen Not schwangerer Frauen angenommen.

EKD beim Bundeskanzler

Aktuelle Fragen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, die Ökumene und die Deutschlandpolitik standen im Mittelpunkt eines Gespräches des Rates der EKD unter Leitung des Berliner Bischofs **Martin Kruse** mit Vertretern der Bundesregierung, zu dem Bundeskanzler **Helmut Kohl** eingeladen hatte. Zu den Teilnehmern von seiten der Regierung gehörten sechs Bundesminister, darunter die EKD-Synodalen Werner Dollinger und Jürgen Warnke. Vom Rat der EKD beteiligten sich unter anderem die Bischöfe Klaus Engelhardt (Karlsruhe), Hans von Keler (Stuttgart) und Karlheinz Stoll (Schleswig) sowie Kirchentagspräsidentin Eleonore von Rotenhan (München) und Prof. Erika Kimmich (Stuttgart). Eine weitere Begegnung ist im Herbst geplant. Einen Tag zuvor hatte der Kanzler auch den katholischen Ruhrbischof Franz Hengsbach (Essen) und das Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland zu getrennten Unterredungen empfangen.



Im Bild: von rechts nach links.

Zu einem Gruppenfoto stellten sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Frau Prof. Dr. Erika Kimmich, die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit Prof. Dr. Rita Süßmuth, Frau Prof. Dr. Dorothee Zahn, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Martin Kruse und der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm.

Christa Nickels: Abtreibung ist Tötung ungeborenen Lebens

Die frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen, **Christa Nickels**, formulierte vor jungen Katholiken: „Abtreibung ist Tötung ungeborenen Lebens.“ Sie stehe mit dieser Äußerung in Opposition zu einem Großteil ihrer Parteikollegen, mache diese Aussage aber als überzeugte Christin, betonte sie. Bei den Grünen müsse ein Umdenkungsprozeß in dieser Frage erfolgen.

Christen sollten Medien stärker nutzen

Christen sollten stärker die Massenmedien und neuen Kommunikationstechniken zur Verkündigung der christlichen Botschaft nutzen. Dazu hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, auf dem Bekenntnistag der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ in Hessen und Nassau aufgefordert. So erreichten beispielsweise Fernsehsendungen mit einer niedrigen Einschaltquote immer noch mehr Menschen „als alle Pfarrer und Prediger zusammen. Wir schulden das Evangelium den Millionen Menschen, die nicht in Bibelstunden und Gottesdienste kommen“. Christen müßten alle Freiräume in Staat und Gesellschaft nutzen, da diese sonst von Ideologien und Ersatzreligionen eingenommen würden.

Die Evangelische Kirche hat eine politische Verantwortung – Der EAK-Bundenvorsitzende sprach auf dem Rheinischen Küstertag

Politische Verantwortung sprach der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Rheinland-Pfalz, **Albrecht Martin**, der evangelischen Kirche zu. Auf dem 85. Jahrestag Rheinischer Küster in Koblenz-Güls sagte Martin, der auch Synodaler der rheinischen Landeskirche ist, daß die Predigt des Evangeliums immer auch den Ruf in die Verantwortung des Christen für den Menschen zum Inhalt habe. Solche Verantwortung werde nicht zuletzt im politischen Bereich wahrgenommen.

Kirche habe zu fragen, ob die verantwortlichen Parteien, Behörden oder Interessenverbände bei ihrer Entscheidung die Würde aller Menschen im Auge hätten, ob sie an die Folgen ihrer Entscheidung denken würden. Kirche nehme ihre politische Verantwortung zunächst einmal wahr, indem sie Fragen stelle und auch Defizite aufzeige. Am Beispiel Energiepolitik machte Martin deutlich, daß die Kirche nicht darüber entscheiden könne, welches Kraftwerk an welcher Stelle mit welcher Leistung am sinnvollsten errichtet werde. Aber sie müsse fragen, ob man bei energiepolitischen Entscheidungen an die Folgen für die heute lebenden

Menschen gedacht habe, ob man die Zukunft ausreichend im Auge behalten und ob man an den Einfluß von Kraftwerken auf die Schöpfung gedacht habe. Grund und Pflicht für solches Fragen ergäben sich aus dem eigenen Auftrag der Kirche.

Kirche nehme ihre politische Verantwortung heute und in unserem Land unter den Verhältnissen einer freiheitlichen Demokratie wahr, erklärte Martin. Die ethischen Überzeugungen, von denen aus die Bürger ihre politischen Entscheidungen begründeten, seien höchst unterschiedlich. Die evangelische Kirche bringe in die Diskussion Maßstäbe ein, die sie am Evangelium gewinne. Sie rufe Christen und Nichtchristen auf, diese Maßstäbe zu bedenken und die politischen Entscheidungen an ihnen zu orientieren. Aber gerade von ihrer Grundlage aus könne sie nicht politische Rezepte vorgeben, stellte Martin fest, denn sie höre dann auf, Kirche zu sein, weil sie dem Streit der politischen Meinungen gegenüber jene Unabhängigkeit verliere, die für sie Voraussetzung dafür sei, politische Verantwortung wahrnehmen zu können.

Begonnen hatte der Küstertag mit einem Festgottesdienst, in dem der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D. Gerhard Brandt (Düsseldorf), über die Jahreslosung (5. Mose 5, 6 u. 7) „Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir“ die Predigt hielt.



Der EAK-Bundenvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, der Bürgermeister der Stadt Koblenz, Erich Braunöhler und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Rheinischer Küster, Friedel Darmstädter, im Gespräch. Foto: Kleemann/Schmidt.

„Jetzt ist die Sache vom Tisch“

Mit diesen Worten kommentierte Militärfarrer Dr. Ulrich von den Steinen (Düsseldorf) vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Mettmann die Stellungnahme der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Verweigerung einer Trauung in Uniform. „Wo der Mensch steht, da steht er unter der Gnade Gottes“, sagte Steinen. Deshalb solle er auch in einer Kleidung getraut werden, „die nicht gegen die guten Sitten verstößt“. Die Kirchenleitung in Düsseldorf habe eindeutig reagiert. Auch deshalb solle man der Angelegenheit nicht zu viel Gewicht beimessen.

Aus unserer Arbeit

Keine Alternative zum Rechtsstaat

Kreis Heinsberg. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Heinsberg befaßte sich mit der Demokratie-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der Bundesgeschäftsführer des EAK, Rechtsanwalt **Erhard Hackler**, sprach in der Stadthalle Erkelenz zum Thema „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“.

Zur Lage im südlichen Afrika

Remscheid. Rassendiskriminierung und die Situation der schwarzen Bevölkerungsmehrheit im südlichen Afrika waren die Themen eines Informationsabends, zu dem der Evangelische Arbeitskreis der CDU Remscheid am 11. Juni eingeladen hatte.

Das Interesse an diesem Thema zeigte sich in der sehr großen Zahl der Besucher, die den Weg zu unserer Veranstaltung gefunden hatten. Als Referenten hatte Dr. **Ben Khumalo**, einen schwarzen Südafrikaner, der heute als evangelischer Pastor in Düsseldorf tätig ist, gewonnen. Er schilderte sehr anschaulich seine Jugend in den Homelands und den Städten der Weißen in Südafrika. Er beschrieb in dichter Form die Lage der schwarzen Bevölkerung und stellte die Standpunkte des ANC, dessen Mitglied er ist, dar. Da es bei dieser Veranstaltung

nicht möglich war, gleichzeitig einen Referenten der Gegenseite, das heißt in diesem Falle, einen der Südafrikanischen Regierung einzuladen, waren die Informationen sicherlich nicht ausgewogen. Der Evangelische Arbeitskreis in Remscheid hat diesen Nachteil bewußt in Kauf genommen, um der Bevölkerung eine Information geben zu können, die so deutlich nicht anders von Betroffenen zu bekommen ist. Betroffenheit und Nachdenklichkeit riefen die Ausführungen Dr. Khumalos bei allen Teilnehmern hervor, die aus verschiedenen Bereichen der Kirche, den politischen Parteien, aus Jugendgruppen und Dritte Welt-Cirkeln, den Weg in diese Veranstaltung gefunden haben. In einer anschließenden Frage- und Diskussionsrunde, die vom Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Karl-Heinz Humpert, geleitet wurde, gab der Südafrikaner Auskunft zu schwierigen Themen und warb um Verständnis für die Belange seiner Freunde. Alle Anwesenden waren für die Abschaffung der Rassentrennung im – auch heute von Unruhen und Kämpfen geschüttelten – Südafrika; nur über den Weg einer Verständigung zwischen Schwarz und Weiß gingen die Ansichten auseinander.

Das Werden einer deutschen Nation

Pinneberg. Mit einem Vortrag von Frau **Barbara Könitz**, Bonn, Vorstandsmitglied der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, zu dem Thema „Das Werden einer deutschen Nation – gibt es noch ein gemeinsames Bewußtsein?“ setzte der EAK im Kreis Pinneberg seine im April 1986 begonnene Veranstaltungsreihe fort.

Was ist das deutsche Vaterland? In der Bundesrepublik Deutschland finden Betrachtungen, was das Vaterland angeht, keine breite Resonanz. Auch vier Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg haben die Deutschen in der Bundesrepublik immer noch ein gestörtes Verhältnis zu ihrer eigenen Nation. Kleinstaaterei, Nationalstaatsgründung, deutscher Großstaat, die Zerissenheit der europäischen Großmächte waren immer wieder die Ursachen, die die deutsche Frage immer wieder von neuem aufwarfen und das „Werden einer deutschen Nation“ immer aufs Neue erschwerten.

Frau Könitz erinnerte an Bismarck, dessen kluger Politik es zuzuschreiben ist, daß es gelang, die kleinstaatlichen Hegemonialmächte zusammenzuführen. Es war das Verhängnis der deutschen Entwicklung in der Weimarer Republik,

daß die Nation durch einen übersteigerten Nationalismus auf der einen und einen ideologisch festgelegten Internationalismus auf der anderen Seite gespalten wurde. Hitler verspielte somit wieder was Bismarck erreicht hatte.

Es kam 1945 zur „Lösung“ der deutschen Frage – aber anders als erwartet. Das Reichsgericht wurde amputiert, Volksgruppen wurden ausgelöscht, das deutsche Gebiet wurde auf vier Zonen begrenzt. Die deutsche Frage wurde sehr kompliziert.

In dieser Situation entschied sich Konrad Adenauer gegen einen Neutralismus und für die Westbindung mit der späteren Konsequenz des Eintritts in die Nato. Die Referentin hob ausdrücklich hervor, daß die Entscheidung Adenauers für eine Anbindung an den Westen richtig gewesen ist.

Der Bundesrepublik Deutschland bleibt heute nichts anderes übrig als die Last der Mittellage zwischen Ost und West gemeinsam mit dem Westen zu tragen.

Hans Bleckmann

Podiumsdiskussion zu § 218 StGB

Hannover. „§ 218 in der Verantwortung der Christen“. Dies war das Thema, das sich der EAK am 30. April 1986 zur Bearbeitung vorgenommen hatte. Einstieg für ein Gespräch mit den Besuchern der Veranstaltung bot eine Podiumsdiskussion, in der Prof. **Dr. Jörg Schneider**, Gynäkologe in Hannover, **Beate von Busch**, Ehe- und Lebensberaterin aus Laatzen, und **Dr. Friedrich Hauschildt**, Oberkirchenrat in Hannover, ihre Standpunkte zur Abtreibungsproblematik darstellten.

Beate von Busch hob hervor, daß nach ihrer Erfahrung die Abtreibung in der Regel eine Folge von Problemen in der Partnerschaft ist.

Prof. Schneider stellte in seinem Einführungsreferat heraus, daß die mit dem Gesetz zur Abtreibung bezweckte Liberalisierung zwar dazu geführt habe, daß die Zahl der unsachgemäß durchgeführten, und daher für die Gesundheit der Mutter gefährlichen, Abtreibungen zurückgegangen sei, und daß die Auslandsflucht nahezu aufgehört habe. Bei der Diskussion über christliche Verantwortung sei aber auch zu bedenken, daß in der Bundesrepublik Deutschland bei etwa 500.000 Geburten ungefähr 200.000 Abtreibungen stattfinden. Dabei habe die notlagenindizierte Abtreibung den größten Anteil. Bei der gegenwärtigen



Dr. Khumalo während der Diskussion in Remscheid

Diskussion über die Abtreibungsproblematik müsse ferner Berücksichtigung finden, daß in der Zeit seit Inkrafttreten des § 218 eine erhebliche Bewußtseinsänderung festzustellen sei. Heute werde z. B. die Charakterisierung einer schwierigen Lebenssituation als Notlage schneller erfolgen, als dies noch vor 10 Jahren der Fall war.

Dr. Hauschildt wies darauf hin, daß die evangelische Ethik von zwei Gesichtspunkten der Würde des Menschen ausgeht. Unter Beachtung menschlicher Würde beginne menschliches Leben mit der Zeugung. Abtreibung sei daher Tötung. Die Menschenwürde verlange aber auch, daß die konkreten Gründe für eine Abtreibung ernstgenommen würden. Diese Gründe für eine Abtreibung seien maßgeblich beeinflußt von dem allgemeinen Bewußtsein und dem Stellenwert, den die Gesellschaft verschiedenen Faktoren unseres Lebens einräumt. Es sei hier an das Freizeitverhalten gedacht oder an die Frage, was sich der einzelne zumuten kann und an die Kinderfreundlichkeit bzw. Kinderfeindlichkeit in der Nachbarschaft. Insofern seien alle „schuldig“ an dem Phänomen der Abtrei-

bung. Daher widerspräche es angesichts der eigenen Schuld christlichem Verständnis, diejenigen zu verurteilen, die abtreiben ließen.

Zur Lösung des Problems müsse mehr in das Bewußtsein rücken, daß die Straflosigkeit der Abtreibung nach dem Strafgesetzbuch nicht auch die Schuldlosigkeit im moralischen oder christlichen Sinne bedeute. Daher würden nach seiner Ansicht Strafschärfungen keine Lösung des Problems der Abtreibung bringen. Bewirkt werden müsse vielmehr eine Bewußtseinsänderung zugunsten von Kindern, zugunsten des Lebens.

Erste Veranstaltung des EAK-Nagold mit Dekan Hennig

Nagold. Zu Beginn dankte **Ulrich Eißler** in seiner Begrüßung den geschäftsführenden Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises Baden, Dr. **Michael Feist**, für seine tatkräftigen Bemühungen zur Gründung eines EAK in Nagold. In diesem Zusammenhang unterstrich Eißler, daß er sich seit Jahren

ein Forum wünsche, in dem nicht nur der Hektik der Tagespolitik nachgejagt werde, sondern wo Raum bleibe, „über den Sinn des Lebens nachzudenken“. Er rief die Christen in allen Parteien dazu auf, wieder verstärkt auf die politische Willensbildung im christlichen Sinne einzuwirken.

In einem Vortrag machte **Dekan Hennig** deutlich, daß es notwendig sei, von Zeit zu Zeit „Inventur“ zu machen. Jeder Mensch müsse sich immer wieder darüber klar werden, welche Werte die wirklich tragenden Säulen in seinem Leben seien. Diese Säulen seien für ihn besonders die „Bleibenden Wahrheiten des Jesus von Nazareth“. Diese Wahrheiten Jesu seien in der Bergpredigt des Matthäus-Evangeliums in einer großen Fülle zusammengetragen. Deshalb lohne sich die intensive Auseinandersetzung gerade mit dieser Bibelstelle.

Im Anschluß an Referat und Diskussion wurde Studiendirektor Ulrich Eißler zum neuen Vorsitzenden gewählt; seine Stellvertreter sind **Helmut Becker** und **Ursula Eßlinger-Wildermuth**.

Buchbesprechungen

Lutherstudien Band III, **Begriffsuntersuchungen – Textinterpretationen**, Wirkungsgeschichtliches von Gerhard Ebeling, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1985.

„Aber Gott ist Gott, der Mensch täuscht sich oft, ja immer in seinem Urteil. Er ist unser Gott, er wird uns so leiten, wie es uns gut ist, und das allezeit“ Dieses Zitat von Martin Luther stellt Ebeling seinem neuen Buch voran. Nach Ebeling hat damit Luther bereits sehr früh das Leitbild seines Lebens formuliert. Ebeling hat in seinem ganzen Lebenswerk Martin Luther erforscht und uns Heutigen Martin Luther sehr nahe gebracht. Seine Hingabe an das Historische und die theologische Gegenwartsverantwortung sind bei Ebeling untrennbar. Ebelings Lehre dient dem Leben. Seine große Erfahrung ist deutlich spürbar. Das neue Buch ist, wie seine vielen Bücher, nach meinem Empfinden spannend geschrieben.

Gerade für Christen in der Politik sollte Ebeling Pflichtlektüre sein. Insbesondere empfehle ich die beiden Arbeiten: „Lehre und Leben in Luthers Theologie“, S. 3-43, und „Einfalt des Glaubens und Vielfalt der Liebe“, S. 126-156.

An Stelle einer mir unmöglichen Inhaltsangabe des hier angezeigten Buches möchte ich nur wenige Sätze zitieren, die natürlich nur einen kleinen Einblick geben. Im Jubiläumsjahr, von Barth, Tillich und

Bonhoeffer ist es mir unverständlich, daß das große Lebenswerk von Gerhard Ebeling, 1912 in Berlin geboren und in Zürich lebend, kein größeres Echo findet.

Aber nun das Zitat:
„Von Luther her ist zu dem weiten Problemkomplex, wie sich das weltliche Amt und das durch Glaube und Liebe bestimmte Christsein miteinander vereinbaren lassen, zusammenfassend folgendes zu sagen: Zum einen ist mit Entschiedenheit die Teilhabe des Christen an der politischen Verantwortung im weitesten Sinne als etwas zu bejahen, was ihn auf Glaube und Liebe hin in Anspruch nimmt. Es ist nicht gleichgültig, ob ich mich hier von ideologischem oder anderem Zwang und von individuellen oder Gruppenegoismen leiten lasse oder ob ich mich entscheide und handle kraft der Freiheit, die der Glaube eröffnet, und orientiert an der Liebe, die den mir Anvertrauten das für sie Beste zukommen läßt.“

Das Handeln im weltlichen Amt steht grundsätzlich unter der Forderung, der göttlichen Welterhaltung zu dienen, und kann deshalb, auch bei gegensätzlichem Anschein, zu einer Konkretisierung der Liebe innerhalb des weiten Spielraums ihrer Vielfalt werden.

Zum anderen ist es eine dringende Aufgabe gerade der Christen, an einer Bewußtseinsbildung mitzuarbeiten, die innerhalb der pluralistischen Gesellschaft des

eigenen Staates wie der Staatengemeinschaft einen ethischen Konsens anstrebt und über seiner Durchsetzung wacht. Der Begriff der Menschenrechte und die Forderung einer ihnen gemäßen Veränderung der Strukturen liefern dafür zweifellos einen wichtigen Ansatz. Man darf sich aber keine Illusionen darüber machen, wie ideologiefähig gerade auch diese Ideen sind und wie begrenzt die Möglichkeiten einer Weltverbesserung. Dem rechten Umgang mit solchen Programmen und Aktionen der Weltveränderung kommt es zugute, wenn man sich theologisch darüber klar wird, worum es hier geht: um die Gestaltung von Ordnungen, Institutionen und Gesetzen. Das ist ein nicht gering zu schätzender Dienst am Leben. Denen, die daran mitwirken, wird es förderlich sein, wenn sie selbst dabei als Christen von Glaube und Liebe geleitet und getragen sind. Sie müssen sich aber davor hüten, solches Gesetzeswerk kurzschlüssig mit dem in eins zu setzen, was das Evangelium mit Glaube und Liebe meint und wie es uns damit beschenkt.

Schließlich ist eben deshalb mit Nachdruck zu unterstreichen: Der Glaube und ebenso die Liebe sind nichts, wenn sie nicht Herz und Gewissen des Einzelnen erfüllen und hier den Anfang der neuen Kreatur bilden. Wenn die Christenheit die Unterscheidung zwischen Gesetz und Evangelium sowie deren Ausrichtung an

Herz und Gewissen des Einzelnen vernachlässigt, löst sie sich aus ihrer Verankerung und wird zum Spielball aller Winde. Der engagierte Einsatz für die Weltverantwortung im Sinne irgendeines politischen oder sozialen Aktionsprogramms trägt dann nur darüber hinweg, daß die Christenheit der Welt das Eigentliche schuldig bleibt: Glaube und Liebe. Das ist doch die Wurzel allen Elends: Der Mangel an Glaube und Liebe. Wo aber Glaube und Liebe sind, da hat die neue Schöpfung begonnen" (Seite 152 u. 153).

Dr. jur. Karl Göckmann
Postfach 1365, 5840 Schwerte

Grundwissen. Ritter, Falko/Ploetz, Herbert: Die Bundeswehr. Aufbau – Auftrag – Aufgaben. Heidelberger Wegweiser. R. v. Decker und C. F. Müller Verlag, Heidelberg 1986; 120 Seiten, 9,80 DM.

Die Autoren, hauptberufliche Mitarbeiter in der bundesdeutschen Verteidigungspolitik, haben in leicht verständlicher Sprache wesentliches Grundwissen über die Bundeswehr zusammengestellt. Die 120 Seiten widmen sich im

wesentlichen folgenden Themen: Die Streitkräfte (20 Seiten), die Bundeswehrverwaltung (13 Seiten), die Bedeutung der Bundeswehr für den Bürger im Frieden (44 Seiten), die militärischen Aufgaben der Bundeswehr im Frieden (2½ Seiten). Die NATO (8 Seiten) sowie „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ und „Die Aufgaben der Bundeswehr im Verteidigungsfall“ (je 1½ Seiten).

Ein Anhang mit Materialien (Auszügen aus der UNO-Satzung, dem Grundgesetz, dem Wehrpflicht-, Unterhaltssicherungs- und Arbeitsplatzschutzgesetz, sowie einer Tabelle der Dienstgradbezeichnungen), ein kurzes Literatur- und ein Stichwortverzeichnis schließen den Band ab. Die Darstellung ist durch eine Reihe von Gliederungsübersichten, Grafiken, Fotos und Tabellen aufgelockert.

Grundsätzlich ist Generalinspekteur Wolfgang Altenburg zuzustimmen, wenn er in seinem Vorwort „jede Veröffentlichung von Sachinformationen über diese Materie“ begrüßt. Dem Rezensenten stellt sich freilich die Frage, welchem Leserkreis dieser „Wegweiser“ zu emp-

fehlen ist. Die Themen decken im wesentlichen ab, was zum „kleinen Einmaleins“ der Bundeswehr und ihrer vielweiti gen Auswirkungen auf den Bürger gehört. So findet hier jeder, der sich bisher kaum oder noch gar nicht mit der Bundeswehr und ihrem Auftrag auseinandergesetzt hat, in handlicher und übersichtlicher Form brauchbare Informationen. Für einen solchen Leserkreis wäre es dann aber sicherlich etwa von Interesse, auch eine Vorstellung davon zu erhalten, wie viele Soldaten in einer Division sind, oder ein Hinweis darauf, wie etwa ein Bataillonskommandeur oder ein Instandsetzungsfeldwebel bezahlt werden.

Der besser informierte Leser stellt fest, daß es sich bei den Grundlageninformationen um auf jede Problematisierung verzichtende Darstellung handelt, wie sie auch in den zahlreichen amtlichen Broschüren zu diesem Thema vorzufinden sind. Originäre Darstellungs- oder Erklärungsversuche sind daher nicht zu erwarten. Der Vorteil einer solchen Vorgehensweise liegt freilich darin, daß von einer gewissen Gültigkeit der Aussagen der beiden Autoren ausgegangen werden kann. hjb.



Sommer Aktionen



Ein Beispiel von über 40 (!)

aus dem kleinen Sommeraktionshandbuch, das Sie über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, bestellen können.

3. Kinderfotowettbewerb

Kinder und Jugendliche sehen ihre Umgebung und ihre Stadt aus einem ganz anderen Blickwinkel als Erwachsene.



Schreiben Sie z. B. mit einem Fotohändler den Preis für **das schönste Stadt- oder Landschaftsbild** aus. Die ersten 12 preisgekrönten Aufnahmen werden anschließend als **Kalender für das Jahr 1987** veröffentlicht. Beiläufig läßt sich auf dem Monatsblatt für den Januar '87 der Wahltermin vermerken.

Ein von Kindern gestalteter CDU-Kalender ist ein langlebiges Werbemittel über den Wahltag hinaus.

Werner Kahl, „Vorsicht Schußwaffen! – Von kommunistischem Extremismus, Terror und revolutionärer Gewalt“.

Was seit den sechziger Jahren, seit dem berühmt-berüchtigten Fall Benno Ohnesorg, an extremen politischen Aktivitäten im Alltag der Deutschen sichtbar wurde, ist vielen in Vergessenheit geraten. Jüngere erleben zwar heute Berichte in den Massenmedien über Terror-

aktionen und Gewalttätigkeiten, die als revolutionäre politische Handlungen ausgegeben werden, ohne zu wissen, wie es zu dieser Eskalation gekommen ist. Um so verdienstvoller ist dieser sachliche Bericht von Werner Kahl, der vieles in Erinnerung ruft, verdeckte Zusammenhänge aufzeigt und sicher auch manchem Leser bisher Unbekanntes mitteilt.

Kahl geht es nicht um Panikmache. Kühl sind seine spannenden Berichte

über Aktionen von Baader, Meinhof, Ensslin und anderen bis hin zum weltbekannten italienischen Verleger Feltrinelli, über Erscheinungen, denen man aus keinem politischen Motiv mit Sympathie gegenüberstehen kann. Aus politischem Ansatz wuchs nackte Kriminalität, die zu einem Großteil von internationalen Querverbindungen und Impulsen getragen wird.

„Christsein im Konfliktfeld Südafrika“

Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

am 12./13. September 1986 in der Stadthalle von Kehl am Rhein

Es referieren u. a.:

Oberkirchenrat Hermann Kalinna, Bonn
Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Karlsruhe
Dr. Erich Leistner, Pretoria

Leitung und Moderation:

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski, Schriesheim
Helmut Rau, M.A., Freiburg

Information:

Dr. Michael Feist
Kolberger Straße 19a, 7500 Karlsruhe

Anmeldung:

Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung
– Außenstelle Freiburg –
Schusterstraße 34-36, 7800 Freiburg
Telefon (07 61) 3 34 43

„Energiepolitik aus christlicher Verantwortung für Mensch und Natur“

Podiumsdiskussion

am 27. September 1986 in Bayreuth

u. a. mit: Staatssekretär S. Nüssel und Bezirksrat B. Mayer

Nähere Information:

Evangelischer Arbeitskreis der CSU Oberfranken
Franz-Dieter Bley
Postfach 229, 8590 Marktredwitz